

Sozialismus und des Friedens gedient. Heute, da der abenteuerliche Hochrüstungs- und Korifrontationskurs der USA und anderer NATO-Staaten größte Gefahren für den Frieden heraufbeschwört, wird besonders augenscheinlich, welche einflußreiche und positive Rolle die Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft, ihre Einheit und Geschlossenheit, ihr abgestimmtes Handeln in der internationalen Arena für die Erhaltung des Friedens spielen.

Sozialistische Friedenspolitik zeichnet sich auch in Zeiten verschärfter internationaler Spannungen, wie wir sie gegenwärtig erleben, durch Geradlinigkeit, Verlässlichkeit und Besonnenheit aus. Mit ihrer Deklaration vom Mai 1980 haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ein konstruktives Angebot zur Verständigung über Fortschritte im Interesse des Friedens unterbreitet. Es geht dabei darum, all das Positive, das im Prozeß der Entspannung so mühevoll erreicht wurde, zu bewahren und nach Möglichkeit zu mehren. Diese Vorschläge, deren Mitinitiator die DDR als Mitglied des Warschauer Vertrages ist, sind realistisch, vernünftig und aktueller denn je. Die führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben auf ihrem Moskauer Treffen im Dezember 1980 erneut unter Beweis gestellt, daß sie ihre Anstrengungen um Frieden, internationale Sicherheit, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung konsequent fortsetzen, obwohl von der anderen Seite noch immer ermutigende Zeichen fehlen.

Notwendige Verträge stehen noch aus

Auch unter den gegenwärtigen komplizierten Bedingungen ist es dringend erforderlich - die auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU vom Genossen L. I. Breshnew unterbreiteten bedeutenden Vorschläge unterstreichen das -, Vereinbarungen zur Minderung der Kriegsgefahr, der Einstellung des Wettrüstens, zur Abrüstung - und das insbesondere auf nuklearem Gebiet - sowie zur Förderung des Vertrauens abzuschließen.

Diesem Ziel dient der vorliegende Komplex von Vorschlägen, der kein Gebiet der internationalen Sicherheit und der Verminderung der Rüstungen, bei Wahrung der gleichen Sicherheit für jede der Seiten, ausläßt. Diese Vorschläge berücksichtigen auch die verschiedensten Überlegungen neutraler und NATO-Staaten. Sie stellen ein großes Entgegenkommen seitens der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Interesse der Herbeiführung positiver Ergebnisse zur Erhaltung und Sicherung des Friedens dar.

Die DDR setzt sich aktiv für die Realisierung der zahlreichen Initiativen zur militärischen Ent-

spannung und Abrüstung ein, die von der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft unterbreitet wurden. Ausgehend davon, daß die internationale Lage von der Zusammenarbeit und einem förderlichen Dialog zwischen der UdSSR und den USA im besonderen beeinflußt werden kann, mißt die DDR der Fortsetzung des Prozesses der Begrenzung der strategischen Rüstungen sowie Verhandlungen über die Begrenzung oder Reduzierung von Kernwaffen in Europa vorrangige Bedeutung bei.

Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU hat die Sowjetunion erneut die Initiative ergriffen und konstruktive Vorschläge für einen sachlichen Dialog zwischen Ost und West zur Verminderung der Kriegsgefahr und zur Einstellung des Wettrüstens unterbreitet. Es wurde der Weg gewiesen, wie mit Verhandlungen entscheidende Aspekte der internationalen Sicherheit vorgebracht werden können.

Die Partei- und Staatsführung der DDR unterstützt diese Vorschläge rückhaltlos. In der Stellungnahme des Politbüros zum XXVI. Parteitag der KPdSU heißt es: „Zu einer Zeit, da der Imperialismus der USA und die NATO die Politik der Konfrontation eskalieren, gefährliche Drohungen und Demonstrationen militärischer Stärke an Brennpunkten der Weltpolitik unternehmen und die Hysterie des Wettrüstens und der Aggressionsvorbereitungen anheizen, ertönte von Moskau aus mit der ganzen Autorität und Macht der UdSSR die Stimmendes Friedens, der Besonnenheit und der Vernunft.“ (Neues Deutschland vom 11. März 1981)

Dem Entspannungsprozeß zu dienen und die Erfüllung der Schlußakte von Helsinki zu gewährleisten, das ist auch das Anliegen der Vertreter der sozialistischen Staaten bei den Wiener Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa. Auch hier sind es die sozialistischen Länder, die den westlichen Teilnehmerstaaten mit ihren Vorschlägen vom Juli 1980 eine sachliche Grundlage für das Zustandekommen positiver Vereinbarungen unterbreiteten. Obwohl dabei dem Prinzip der gleichen Sicherheit voll auf Rechnung getragen wird, steht auch bei diesen Verhandlungen eine konstruktive Antwort des Westens auf die unterbreiteten Vorschläge nach wie vor aus.

Auch bei den Verhandlungen in Madrid ist festzustellen, daß insbesondere die Vertreter der USA noch immer versuchen, im Zusammenspiel mit anderen NATO-Staaten ihre destruktive Haltung durchzusetzen. Beharrlich setzen sich die sozialistischen Staaten auf diesem Treffen für Übereinkünfte zur Stabilisierung und Vertiefung des Entspannungsprozesses in Europa